

N i e d e r s c h r i f t

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr der
Stadt Monheim am Rhein vom 26.11.2015
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum:	Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn:	18:03 Uhr
Ende:	22:09 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert	
Herr Ingo Elsner	Vertretung für Herr Christian Weiffen
Herr Patrick Fuest	
Frau Carina Häusler	
Herr Torsten Kinzel	Vertretung für Herr Tim Kögler
Herr Steffen Pawlik	
Herr Lucas Risse	
Frau Bianca Rosenstetter	
Frau Monika Sikora	
Herr Marius Volgmann	ab Tagesordnungspunkt ö 5

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller	Vertretung für Herr Benjamin Kenzler
--------------------	--------------------------------------

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Kerstin Frey
Herr Martin Frömmer
Herr Manfred Hein
Herr Guido Krämer
Herr Michael Lobe
Herr Ralf Richrath
Frau Laura Siebert
Herr Marc Steven

Herr Robert Ullrich
Herr Thomas Waters

Schriftführer

Herr Wolfgang Mansen

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Tim Kögler
Herr Christian Weiffen

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Benjamin Kenzler

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

- | | | |
|-----|---|---------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - | |
| 3. | Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung -öffentlicher Teil- | IX/0564 |
| 4. | Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 5. | 7. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008" | IX/0545 |
| 6. | 7. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" | IX/0546 |
| 7. | 1. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012" | IX/0547 |
| 8. | 2. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 19.12.2013 | IX/0562 |
| 9. | Vergabe von Entsorgungsdienstleistungen ab 2017 | IX/0550 |
| 10. | Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an der Berghausener | IX/0507 |

Straße

- | | | |
|-----|--|---------|
| 11. | Förderung des Radverkehrs in Monheim am Rhein in 2015 und 2016 - Sachstandsmitteilung | IX/0511 |
| 12. | Bebauungsplan 14 M 2. Änderung "Feuerwache"
1. Behandlung der Anregungen
2. Satzungsbeschluss | IX/0504 |
| 13. | Neubau der Feuer- und Rettungswache
-Baubeschluss- | IX/0544 |
| 14. | Bebauungsplan Nr. 53B "Klappertorstraße"
- Änderung des Durchführungsvertrages | IX/0510 |
| 15. | Quartiersentwicklung "Sophie-Scholl-Quartier"
1. Beschluss konkurrierendes Gutachterverfahren zur Quartiersentwicklung "Sophie-Scholl-Quartier"
2. Aufstellungsbeschluss B-Plan 66 B "Sophie-Scholl-Quartier"
3. Aufstellungsbeschluss 56. Änderung FNP "Sophie-Scholl-Quartier"
4. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit für beide Verfahren | IX/0513 |
| 16. | Gutachterverfahren "Unter den Linden" Berliner Viertel
1. Beschluss konkurrierendes Gutachterverfahren zur Quartiersentwicklung "Unter den Linden"
2. Ausstellungsbeschluss B-Plan 145M "Unter den Linden"
3. Aufstellungsbeschluss 57. Änderung FNP "Unter den Linden"
4. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit | IX/0533 |
| 17. | Bebauungsplan Nr. 84M "Gewerbegebiet Rheinpark" - 2. Änderung
- Aufstellungsbeschluss
- Durchführung eines vereinfachten Verfahrens gem. § 13 BauGB
- Öffentliche Auslegung | IX/0526 |
| 18. | Bebauungsplan Nr. 142 M "Kita Kurt-Schumacher-Straße"
- Behandlung der Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung
- Satzungsbeschluss | IX/0535 |
| 19. | Abschluss eines Erschließungs- und eines Schiedsvertrages für das Bebauungsplangebiet 63 B "Am Waldbeerenberg" | IX/0440 |
| 20. | Antrag der ev. Kirchengemeinde auf einen Zuschuss zur Sanierung der Altstadtkirche | IX/0580 |
| 21. | Haushaltsplanberatungen 2016 für die Bereiche 60 und 61 | IX/0556 |
| 22. | Mündliche Mitteilungen | |
| 23. | Mündliche Anfragen | |

- 23.1. Anfrage von Ratsherr Poell -Bündnis 90/Die Grünen- Feldlerchen am Waldbeerenberg
- 23.2. Anfrage von Ratsherr Nagy -CDU- Parken in der Altstadt
- 23.3. Anfrage von Ratsherr Goller -SPD- Pavillon am Waldfriedhof

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Eggert, eröffnet in Vertretung des entschuldigt abwesenden Vorsitzenden die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden beschließt der Ausschuss einstimmig den fristgerecht nachgesandten Tagesordnungspunkt „Abschluss eines Erschließungs- und eines Schiedsvertrages für das Bebauungsplangebiet 63 B Am Waldbeerenberg“ unter dem TOP 19 der Sitzung zu beraten. Die bisherigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt, warum die Sitzung erst um 18:00 Uhr statt um 17:00 Uhr beginne. Der stellvertretende Vorsitzende erläutert, dass nach der Abwesenheit des Vorsitzenden unaufschiebbare terminliche Gründe seinerseits die geänderte Anfangszeit nötig gemacht hätten.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung - öffentlicher Teil- Vorlage: IX/0564

Zur Kenntnis genommen

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

5 7. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008" Vorlage: IX/0545

Der Vertreter der SPD-Fraktion lobt die Sorgfalt und Präzision der zu dieser Sitzung vorliegenden Gebührensatzungen. Zur externen Reinigung von Ernst-Reuter-Platz und Friedrichstraße bittet er die Verwaltung um Erläuterung der Notwendigkeit.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass die Verkehrsfläche über Jahre durch die Firma Ökobau gereinigt wurde. Die Firma habe dann den Vertrag gekündigt worauf die städtischen Betriebe die Reinigung auf freiwilliger Basis durchgeführt haben. Hierbei kam es in jüngster Vergangenheit zu vermehrten Ausfällen und personellen Engpässen, weshalb es notwendig wurde einen externen Dienstleister mit der regelmäßigen Reinigung zu beauftragen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt weiter, ob es hierdurch zu Mehrkosten bei den Gebühren komme. Dies wird von der Verwaltung bejaht.

Beschlussempfehlung

Die 7. Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 6 7. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/0546

Der Vertreter der Verwaltung erläutert die Änderungen bei den Biomüllgebühren. Die Veränderungen bewirken eine Steigerung der Kosten bei den Gewichtsgebühren Restmüll von € 0,01 pro Kilogramm.

Beschlussempfehlung

Die 7. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 7 1. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012"**
Vorlage: IX/0547

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

Die 1. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 8 2. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 19.12.2013**
Vorlage: IX/0562

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

Die 2. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 9 Vergabe von Entsorgungsdienstleistungen ab 2017**
Vorlage: IX/0550

Der Vertreter der Verwaltung erläutert kurz die Notwendigkeit der vorliegenden Beschlussvorlage.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabe der Abfallentsorgungsdienstleistungen in der Stadt Monheim am Rhein ab 2017 mit dem in der Begründung aufgeführten Leistungskatalog vorzubereiten und durchzuführen.

einstimmig zugestimmt

- 10 Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an der Berghausener Straße**
Vorlage: IX/0507

Der Vertreter der Verwaltung erläutert den aktuellen Sachstand.
Der Vertreter der CDU-Fraktion begrüßt die Maßnahme und fragt, ob sich der genannte Betrag von € 160.000,- nur auf Maßnahmen auf dem Monheimer Stadtgebiet bezieht. Dies wird von der Verwaltung bejaht.

Zur Kenntnis genommen

11 Förderung des Radverkehrs in Monheim am Rhein in 2015 und 2016 - Sachstandsmitteilung Vorlage: IX/0511

Der Vertreter der Verwaltung erläutert den aktuellen Sachstand.
Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, bis wann das gesamte Radverkehrskonzept umgesetzt werden soll. Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass dies noch nicht eindeutig gesagt werden könne. Es müsse mit einer Laufzeit von mehreren Jahren gerechnet werden.
Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt bezüglich der geplanten Änderung auf der Geschwister-Scholl-Straße in welcher Form die Maßnahme umgesetzt werden solle und erinnert an vergangene radverkehrliche Maßnahmen im dortigen Bereich. Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass es sich hier um eine noch zu klärende Frage der Abwägung handle. Die CDU-Fraktion macht hinsichtlich eines möglichen Haltverbotes in Verbindung mit einem Radfahrstreifen auf der Geschwister-Scholl-Straße Bedenken geltend und verweist auf eine ähnliche Maßnahme und deren Rücknahme vor einiger Zeit im dortigen Bereich. Zum Schulzentrum am Berliner Ring sei eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 20 km/h vorgesehen. Die Fraktion bittet zu beantworten, welchen Anlass es hierzu gebe. Nach Auskunft der Verwaltung handle es sich um eine Idee. Die CDU-Fraktion fragt, ob es hier noch einzelne Vorlagen an den Stadtrat gebe. Der Bürgermeister antwortet, dass die Verwaltung im Rahmen des Radverkehrskonzeptes handle. Der Vertreter der SPD-Fraktion teilt mit, dass er die Öffnung der Unterführung zwischen Heinestraße und Friedrichstraße für den Radverkehr nicht für geeignet hält. Er fragt was mit der Verbesserung von Serviceleistungen gemeint sei. Die Verwaltung antwortet, dass diese Verbesserungen dem Rat noch vorgestellt werden sollen.
Der Vertreter der PETO-Fraktion befürwortet die Vorlage ausdrücklich.
Der Bürgermeister erläutert, dass dem Rat der Stadt bei baulichen Maßnahmen politische Beschlüsse vorgelegt werden. Soweit es sich um verkehrliche Anordnungen ohne bauliche Maßnahmen handle erfolgen keine Vorlagen an den Rat der Stadt.

Zur Kenntnis genommen

12 Bebauungsplan 14 M 2. Änderung "Feuerwache" 1. Behandlung der Anregungen 2. Satzungsbeschluss

Vorlage: IX/0504

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Drucksache beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 14 M 2. Änderung „Feuerwache“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 eine Begründung beigelegt.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: SPD; PETO; Bündnis 90/Die Grünen

dagegen: CDU

13

Neubau der Feuer- und Rettungswache

-Baubeschluss-

Vorlage: IX/0544

Der Vertreter der Verwaltung erläutert kurz den weiteren zeitlichen Ablauf. Herr Stark von der Firma Stark Architekten berichtet eingehend über das Projekt. Der Leiter der Feuerwehr ergänzt, mit der vorliegenden Planung sehr zufrieden zu sein.

Der Vertreter der CDU-Fraktion trägt vor, dass seine Fraktion heute gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde, dies wegen des Standortes. Man erkenne jedoch viel Positives hinsichtlich der Gestaltung.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis90/Die Grünen begrüßt die Planung. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu, hält die Klinkerfassade jedoch für zu massiv. Daneben wäre die Einbeziehung einer Photovoltaikanlage und einer Pelletheizung wünschenswert.

Die Verwaltung antwortet, dass die Steinbemusterung erst im Frühjahr 2016 stattfinden soll. Es sei über verschiedene Fassadenmaterialien nachgedacht worden, letztendlich habe man sich wegen Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit für Klinker entschieden. Zur Vorbereitung der Ausschreibung sei heute ein Beschluss nötig, da die Umplanung der Fassade zu einer Verzögerung führen würde. Die Statik des Gebäudes lasse jederzeit die Nachrüstung einer Photovoltaikanlage zu, zum jetzigen Zeitpunkt bestehen nach dem Stand der Technik erhebliche Bedenken auf Seiten der Feuerwehr. Nach sicherer Klärung werde man erneut hierüber nachdenken. Die Beheizung im Objekt erfolge für Brauchwasser und Heizungsunterstützung durch eine Solaranlage.

Der Vertreter der PETO-Fraktion dankt für die vorliegende Planung. Er fragt, ob bei der Signalisierung Fußgänger vor ausfahrenden Feuerwehrfahrzeugen mittels Signalanlage gewarnt werden können. Die Verwaltung wird diese Frage mit in die weitere Planungsdiskussion aufnehmen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion hält die Planung für bemerkenswert gelungen. Bezüglich der Fassade sehe auch er die Notwendigkeit die horizontale Struktur durch eine vertikale Komponente aufzulockern. Er fragt, ob auch die Tiefgaragenausfahrt bei Einsätzen durch eine Signalanlage gesichert werde. Er fragt weiter, ob die Finanzierung bis zum Jahr 2019 belastbar sei und inwieweit hier ein Puffer vorgesehen sei. Weiterhin bitte er zu beantworten, ob Fördermittel des

Landes abrufbar wären. Die Verwaltung antwortet, dass man hinsichtlich des finanziellen Puffers von Mittelpreisen des Marktes ausgegangen sei. Diese ließen nach aktuellem Kenntnisstand im Budget rund € 500.000,- als Rundung vor. Hinsichtlich der Tiefgaragenausfahrt und weiterer Ausfahrten habe eine rechtliche Prüfung stattgefunden. Diese habe ergeben, dass diese Ausfahrten als verkehrsrechtlich untergeordnet zu betrachten sind und somit immer den Nutzern der Straße die Vorfahrt zu gewähren haben. Eine besondere Signalisierung sei hier nicht erforderlich. Das Architektenbüro prüfe die Möglichkeiten der Fassadenauflöckerung mit dem Klinker. Landeszuschüsse sind nicht zu erwarten, hier weist die Verwaltung auf die jährlichen Mittel aus der Feuerschutzsteuer.

Beschlussempfehlung

1. Der Neubau der Feuer- und Rettungswache ist entsprechend der beigefügten Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die konkreten Fassadenmaterialien (Klinkerstein) sind dem Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr zur Farb-Bemusterung nochmals vorzulegen. Der Ausschuss wird ermächtigt, nach Bemusterung den Beschluss über die Farbe des Fassadenmaterials zu fassen.
3. Die Finanzierung erfolgt über die im Teilfinanzplan B unter der Investitionsnummer I 7102.050 bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 18.000.000 Euro für die KG 200-500/700 nach DIN 276 (ohne Einrichtung / Möbel / feuerwehrspez. Anlagen).

mehrheitlich zugestimmt

dafür: SPD; PETO; Bündnis 90/Die Grünen

dagegen: CDU

14

Bebauungsplan Nr. 53B "Klappertorstraße"
- Änderung des Durchführungsvertrages
Vorlage: IX/0510

Herr Elker, VIP Home, stellt seine Firma und das Konzept der Bebauung vor. Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt, ob die Höhenfestsetzungen die mit dem damaligen Investor vereinbart wurden weiterhin eingehalten werden. Der Vertreter der Verwaltung erklärt, dass die Höhen eingehalten werden.

Beschlussempfehlung

Dem geänderten Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan Nr. 53B „Klappertorstraße“ wird zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

15

Quartiersentwicklung "Sophie-Scholl-Quartier"

1. **Beschluss konkurrierendes Gutachterverfahren zur Quartiersentwicklung "Sophie-Scholl-Quartier"**
2. **Aufstellungsbeschluss B-Plan 66 B "Sophie-Scholl-Quartier"**

3. Aufstellungsbeschluss 56. Änderung FNP "Sophie-Scholl-Quartier"
4. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit für beide Verfahren
Vorlage: IX/0513

Die Vertreterin der Verwaltung erläutert ausführlich die Vorlage.

Der Vertreter der PETO-Fraktion sieht hier eine große Chance für die Stadt. Dies sieht der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ähnlich und fragt die Verwaltung wer hier als Bauherr angedacht sei. Der Bürgermeister antwortet, dass dies aktuell noch völlig offen sei.

Der Vertreter der CDU-Fraktion begrüßt das Verfahren und fragt wie es zu dem Namen Sophie-Scholl-Quartier gekommen sei. Der Bürgermeister erläutert, dass dieses Grundstück die Adresse mit den Geschwistern beibehält und im Stadtgebiet zu wenig weibliche Straßennamen bestehen. Der Vertreter der SPD-Fraktion schildert dies nachvollziehen zu können. Seine Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Er hoffe jedoch, nicht nach Fertigstellung des Quartiers und dem Waldbeerenberg feststellen zu müssen, dass wieder ein erhöhter Schulraumbedarf bestehe. Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt, ob der Stellplatzschlüssel für ein Fahrzeug und ein Fahrrad richtig sei. Er halte diesen für zu niedrig und schlage 1,5 für Fahrzeuge vor. Der Vertreter der Verwaltung erklärt, dass dieser Stellplatzschlüssel bewusst so festgelegt wurde, auch um die Nutzung von Fahrrädern zu fördern. Der Bürgermeister schlägt vor, diesen Punkt im späteren Verfahren weiter zu prüfen. Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält den Stellplatzschlüssel für riskant aber perspektivisch richtig.

Beschlussempfehlung

1. Für die Quartiersentwicklung „Sophie-Scholl-Quartier“ wird ein konkurrierendes Gutachterverfahren durchgeführt.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 66B „Sophie-Scholl-Quartier“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplanes ist eine städtebauliche Quartiersentwicklung mit Wohn- und gewerblicher Nutzung auf dem Schulstandort an der Geschwister-Scholl-Straße. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 66B „Sophie-Scholl-Quartier“ ergibt sich aus dem als Anlage 01 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
3. Die Aufstellung der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sophie-Scholl-Quartier“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel der Änderung ist eine städtebauliche Quartiersentwicklung mit Wohn- und gewerblicher Nutzung auf dem Schulstandort an der Geschwister-Scholl-Straße. Der räumliche Geltungsbereich der 57. Änderung des FNP ergibt sich aus dem als Anlage 01 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
4. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) wird für beide Verfahren beschlossen und im Rahmen des Gutachterverfahrens durchgeführt.

einstimmig zugestimmt

16

Gutachterverfahren "Unter den Linden" Berliner Viertel

- 1. Beschluss konkurrierendes Gutachterverfahren zur Quartiersentwicklung "Unter den Linden"**
- 2. Austellungsbeschluss B-Plan 145M "Unter den Linden"**
- 3. Aufstellungsbeschluss 57. Änderung FNP "Unter den Linden"**
- 4. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit**

Vorlage: IX/0533

Die Vertreter der Verwaltung erläutern einfühend die Vorlage. Die Maßnahme werde keine Insellösung darstellen, sondern flankiert durch Investitionen der LEG in den vorhandenen Bestand. Es ist beabsichtigt einen Vertreter der LEG zu einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses einzuladen und hierüber berichten zu lassen. Auch habe die LEG einen umfangreichen Bestand an leerstehenden Tiefgaragenstellplätzen die für dieses Bauvorhaben genutzt werden könnten. Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Planung. Der Vertreter der SPD-Fraktion begrüßt ebenfalls die Planung. Die öffentliche Wahrnehmung des Berliner Viertels könne hiervon profitieren. Der Vertreter der Verwaltung berichtet, dass die Verwaltung im Zuge der weiteren Planung ggf. notwendige Erweiterungen der Herman-Gmeiner-Schule und die Verlegung eines Bolzplatzes dorthin im Blick habe. Entsprechende Flächenpotentiale seien dort noch vorhanden. Hier sei insbesondere die Schulentwicklungsplanung zu beachten.

Beschlussempfehlung

1. Für die Entwicklung des Wohnquartiers „Unter den Linden“ wird ein konkurrierendes Gutachterverfahren durchgeführt.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 145M „Unter den Linden“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplanes ist eine städtebauliche Quartiersentwicklung mit Wohnnutzung auf dem Schulstandort Anton-Schwarz-Schule. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 145M „Unter den Linden“ ergibt sich aus dem als Anlage (2) beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
3. Die Aufstellung der 57. Änderung des Flächennutzungsplanes „Unter den Linden“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel der Änderung ist eine städtebauliche Quartiersentwicklung mit Wohnnutzung auf dem Schulstandort Anton-Schwarz-Schule. Der räumliche Geltungsbereich der 57. Änderung des FNP ergibt sich aus dem als Anlage (2) beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
4. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen und im Rahmen des Gutachterverfahrens durchgeführt.

einstimmig zugestimmt

17

Bebauungsplan Nr. 84M "Gewerbegebiet Rheinpark" - 2. Änderung
- **Aufstellungsbeschluss**
- **Durchführung eines vereinfachten Verfahrens gem. § 13 BauGB**
- **Öffentliche Auslegung**
Vorlage: IX/0526

Der Vertreter der Verwaltung erläutert einführend die Vorlage.

Der Vertreter der CDU-Fraktion begrüßt die Vorlage. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Die Vertreterin der PETO-Fraktion begrüßt die Vorlage ebenfalls.

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt, ob die Sichtachse 3 auch bei Errichtung des Rheinanlegers noch bestehen bleibe. Der Vertreter der Verwaltung bestätigt dies.

Beschlussempfehlung

1. Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 84 M - „Gewerbegebiet Rheinpark“ –
2. Änderung wird gemäß § 2 Abs.1 BauGB beschlossen.
2. Die 2. Änderung wird als vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt. Von einem Umweltbericht wird abgesehen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 84 M - „Gewerbegebiet Rheinpark“ – 2. Änderung wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

einstimmig zugestimmt

18

Bebauungsplan Nr. 142 M "Kita Kurt-Schumacher-Straße"

- Behandlung der Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung

- Satzungsbeschluss

Vorlage: IX/0535

Herr Nagy macht Ausschließungsgründe geltend, begibt sich in den Zuhörerraum und nimmt nicht an der Beratung und Entscheidung teil.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt trotz Verbesserung die Planung ab. Dem schließt sich der Vertreter der CDU-Fraktion an. Der Vertreter der PETO-Fraktion befürwortet die Planung, man werde der Vorlage zustimmen. Der Vertreter der SPD-Fraktion hält die Planung für völlig verfehlt.

Beschlussempfehlung

- Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 142 M „Kita Kurt-Schumacher-Straße“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: PETO

dagegen: SPD; Bündnis 90/Die Grünen; CDU

19

Abschluss eines Erschließungs- und eines Schiedsvertrages für das Bebauungsplangebiet 63 B "Am Waldbeerenberg"

Vorlage: IX/0440

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Erschließungs- und den dazu gehörenden Schiedsvertrag entsprechend dem als Anlage beigefügten Entwurf abzuschließen und die notwendigen Regelungen zu treffen.

einstimmig zugestimmt

20 Antrag der ev. Kirchengemeinde auf einen Zuschuss zur Sanierung der Altstadtkirche
Vorlage: IX/0580

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Sitzung nach Abstimmung zu dem Tagesordnungspunkt um 20:41 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Beschlussempfehlung

Der evangelischen Kirchengemeinde wird aufgrund ihres Antrags vom 02.11.2015 ein Zuschuss in Höhe von max. 200.000,00 Euro für die denkmalgerechte Sanierung der Altstadtkirche gemäß den in der Begründung aufgeführten Bedingungen gewährt.

einstimmig zugestimmt

21 Haushaltsplanberatungen 2016 für die Bereiche 60 und 61
Vorlage: IX/0556

Nach Beendigung der Unterbrechung wird die Sitzung um 20:54 Uhr fortgesetzt.

12.01.00 Öffentliche Verkehrsflächen und –anlagen

Der Vertreter der Verwaltung teilt mit, dass bei der investiven Maßnahme "Umgestaltung des Kradepohl" auf Seite 354 höhere Planungskosten zu veranschlagen sind. Diese steigen von € 90.000,- auf € 125.000,-. Die Baukosten dieser Maßnahme steigen um € 20.000,- auf dann € 600.000,-. Im Bereich des OHG soll daneben noch eine weitere Fahrradabstellfläche erstellt werden, um hier ein geordnetes Abstellen von Fahrrädern zu ermöglichen. Es entstehen hier Kosten in Höhe von € 20.000,-.

Der Vertreter der CDU-Fraktion stellt folgende Anträge zum Produktbereich und erläutert selbigen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beitragssätze in der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Monheim am Rhein auf Anliegerstraßen auf 50 % für Fahrbahnen und 60 % für Gehwege festzusetzen. Die Änderung der Gebührensatzung soll für die Ratssitzung am 16.12.2015 vorbereitet werden.
2. Die weiteren Gebührensätze dieser Satzung sind dieser Vorgabe entsprechend anzupassen.
3. Da in 2016 zu erwartende Einnahmen aus dieser Gebühr erst nach der Sat-

zungsänderung zu erwarten sind, ist der entsprechende Haushaltsansatz abzusenken.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Stadt vorrangig ihre Kosten aus Gebühren decken soll und erst danach aus Steuern. Er verweist auf das Kommunalabgabengesetz und eine Verwaltungsvorlage zum Thema aus dem vergangenen Jahr. Hier sei zu berücksichtigen wer den wirtschaftlichen Vorteil aus einer straßenbaulichen Maßnahme habe. Die Kostenabstufung richte sich also nach dem Vorteil der Anlieger.

Der Vertreter der PETO-Fraktion dankt der CDU-Fraktion für die frühzeitige Information über den Antrag. Seine Fraktion habe hierüber beraten, sei aber zu dem Ergebnis gekommen, dass man dem Antrag zugunsten anderer Projekte nicht folgen werde.

Der Vertreter der SPD-Fraktion ist über den Antrag überrascht, da dieser seiner Fraktion nicht zur Vorberatung vorlag. Er erinnert an die zur heutigen Sitzung vorliegenden und beschlossenen Gebührensatzungen. Würde man dem Antrag jetzt folgen hätte man auch bei diesen Gebühren ähnlich verfahren müssen. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe den Antrag vorher nicht bekommen. Seine Fraktion werde sich enthalten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und PETO mehrheitlich abgelehnt. Die CDU stimmt dafür, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthält sich.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis90/Die Grünen fragt nach dem Sachstand zum Thema Übernahme von Landstraßen. Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass momentan noch bislang unbekannte Kanäle erfasst werden. Der Übergabezeitpunkt wird sich vom ehemals geplanten 01.01.2016 um circa 6 Monate verschieben. Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt, ob dies Auswirkungen auf die Querung der Landstraße von der Turmstraße Richtung Rhein und den Kreisverkehr am Stadteingang habe. Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass der Landesbetrieb anlässlich der geplanten Übernahme signalisiert habe nicht in die weiteren Planungen eingreifen zu wollen. Er gehe davon aus, dass das Land bei allen anderen Maßnahmen nicht mehr maßgeblich in die weiteren Planungen der Stadt einzugreifen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion regt zum Parkplatz Berliner Platz an, darüber nachzudenken, vom Berliner Ring eine Einfahrt oder Ausfahrt zum Berliner Platz zu erstellen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt zum Baugebiet Waldbeerenberg, ob dort die Grundstücksfrage geklärt sei.

Der Bürgermeister teilt hierzu mit, dass die Erschließungsstraße über Baugrundstücke verläuft die noch nicht vollumfänglich geklärt sind. Die Baugrundstücke selbst seien geklärt. Man kläre derzeit die Möglichkeiten und Szenarien zur Klärung an dieser Stelle.

Der Vertreter der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass man zur Senkung des Parkdruckes den Parkplatz Piwipp möglichst früh herrichten möge.

Der Vertreter der SPD-Fraktion ist gegen die Aufgabe der Bushaltestellen „Alter Markt“.

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2016 für die Bereiche 60- Bauwesen und 61- Stadtplanung und Bauaufsicht wird mit den in der Sitzung am 26.11.2015 beschlossenen Änderungen zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

mehrheitlich zugestimmt
dafür: SPD; PETO; Bündnis 90/Die Grünen
Enthaltung: CDU

22 Mündliche Mitteilungen

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

23 Mündliche Anfragen

23.1 Anfrage von Ratsherr Poell -Bündnis 90/Die Grünen- Feldlerchen am Waldbeerenberg

Ratsherr Poell fragt, ob es neue Erkenntnisse zum Vorkommen von Feldlerchen am Waldbeerenberg gibt. Der Bürgermeister antwortet, dass dies weiter im Baugenehmigungsverfahren zu prüfen sei. Der Gutachter werde auf der Fläche noch einmal genau betrachten, ob tatsächlich beidseitig des Weges die Ansiedlung von Feldlerchen erfolgt sei oder nicht.

23.2 Anfrage von Ratsherr Nagy -CDU- Parken in der Altstadt

Ratsherr Nagy fragt, ob die Verwaltung hinsichtlich der Wünsche von Anwohnern aus der Altstadt, speziell bei Veranstaltungen am Wochenende die Möglichkeit sehe, auf dem Parkplatz an der Kapellenstraße ein Anwohnerparken einzurichten.

Der Bürgermeister antwortet hierzu, dass seitens der Verwaltung mit den Altsstadtwirten gesprochen worden sei. Praktisch sei diese Maßnahme nicht vertretbar, da es den Besuchern von Veranstaltungen bei dem knappen Parkraum nicht vermittelbar sei, wenn hier ein Anwohnerparken zu einer weiteren Parkraumverknappung führen würde. Die Stadt verfüge über einen Mitarbeiterparkplatz der am Wochenende der Öffentlichkeit zum Parken zur Verfügung stehe.

23.3 Anfrage von Ratsherr Goller -SPD- Pavillon am Waldfriedhof

Ratsherr Goller fragt nach der geplanten weiteren Nutzung des Pavillons am Waldfriedhof.

Der Vertreter der Verwaltung beabsichtigt die Beantwortung der Anfrage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorzunehmen. Hiergegen bestehen keine Bedenken im Ausschuss.

Andy Eggert
Ausschussvorsitzender

Wolfgang Mansen
Schriftführer